

**Geschäftsführung  
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 21.07.2014

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 17.03.2014, 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:****Vorsitzender**

Herr Tayfun Keltek LDK

**Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Ekrem Ceylan	KL
Frau Ebru Coban	KL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Vedat Günes	Integration
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE

Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Frau Susanne Rabe-Rahman	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband Kölnmetall

### **Verwaltung**

Frau Dagmar Dahmen  
Frau Kremer-Buttkereit  
Frau Rehberg  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Herr Andreas Vetter

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Özkan Aksoy	Aksoy
Herr Fevzi Bayrak	LB
Frau Filiz Kalaman	
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL entschuldigt
Herr Serkan Kirli	Mevlana
Frau Minu Nikpay	KÖBES entschuldigt
Herr Tekin Parmaksiz	
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA
Yavuz Yüksel	

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Christopher Meier	Agentur für Arbeit entschuldigt
Frau Gabriele von Dombois	Seniorenvertretung der Stadt Köln entschuldigt

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker entschuldigt, dass noch zwei Niederschriften zu Integrationsratssitzungen fehlen. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass nur noch ½ Stelle Geschäftsführung Integrationsrat zur Verfügung steht und mit der anderen ½ Stelle das Interkulturelle Maßnahmenprogramm begleitet wird. Aktuell wird im Rahmen der Geschäftsführung Integrationsrat noch die Internetseite mit aufgebaut und die Bewerbung der Integrationsratswahlen organisiert. Daher können einige Arbeiten für den Integrationsrat nicht in dem angemessenen Zeitraum und der Qualität erfolgen, wie es eigentlich erforderlich sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek kündigt zur Personalsituation ‚Geschäftsführung Integrationsrat‘ eine Initiative des Integrationsrates an.

Der Vorsitzende Herr Keltek erinnert an den Empfang des Integrationsrates am 24.3.14 um 15:00 h im Rathaus gemeinsam mit dem Herrn Oberbürgermeister Roters und bittet um zahlreiche Teilnahme.

Herr Keltek weist auf die ausgelegte Tagungsdokumentation ‚Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten – 20 Jahre AG Migration und Gesundheit‘ hin.

Folgende TOP's werden nachträglich zur Aufnahme auf die Tagesordnung vorgeschlagen:

- TOP 1.1 Beschlussvorlage ‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm 2013‘, sowie einen Änderungsantrag von RM Herrn Helling
- TOP 4.7 Mitteilung zu „MÜLHEIM 2020 – Gesamtprogrammbericht“ – der Leiter der Projektgruppe Mülheim 2020 Herr Oster wird die Mitteilung erläutern
- TOP 4.8 Mitteilung zur „Veröffentlichung des ZMI Magazins 2013“
- TOP 5.1 ein Änderungsantrag zum „Antrag zu den Zuständigkeiten des Integrationsrates“
- TOP 5.2 „Antrag zur Nutzung des Erlasses des Bundesministeriums des Innern zum kostenlosen Versand von Wahlinformationen“
- TOP 7.1 Beschlussvorlage zur „Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise“
- TOP 7.2 Beschlussvorlage Bewerbung der Integrationsratswahlen; Verwendung von Finanzmitteln des Integrationsrates in 2014
- TOP 7.3 ‚Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten‘ 0810/2014

Die Mitglieder stimmen der vorgelegten Tagesordnung zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
  - 1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration  
0781/2014

## **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 2.1 Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Herrn Keltek aus der Sitzung des Integrationsrates vom 09.09.2013 betreffend TOP 4.3 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" (1319/2013)  
0059/2014

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 3.1 Anfrage zu Informationen bezüglich Schüler der Sekundarstufe I in Köln  
AN/0381/2014

## **4 Mitteilungen**

- 4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2014  
0113/2014
- 4.2 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende  
0006/2014
- 4.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2014"  
0140/2014
- 4.4 Unterbringung von Flüchtlingen in Köln in individuellen Wohnungen gemäß dem Leverkusener Modell  
0205/2014
- 4.5 Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe des Vereins ZEBIT e.V. - Zwischenbericht  
0242/2014
- 4.6 Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, Rahmenbedingungen und aktueller Sachstand  
0733/2014
- 4.7 MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht  
0897/2014
- 4.8 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des ZMI Magazins 2013 und Sprachfest 2014  
0803/2014

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 5.1 Antrag zu den Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln  
AN/0008/2014
- 5.1.1 Änderungsantrag - Zuständigkeiten des Integrationsrates  
AN/0468/2014
- 5.2 Antrag zur Nutzung des Erlasses des Bundesministeriums des Innern zum kostenlosen Versand von Wahlinformationen  
AN/0380/2014

## **6 Berichte**

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

## **7 Beschlussvorlagen**

- 7.1 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien  
0759/2014
- 7.2 Bewerbung der Integrationsratswahlen; Verwendung von Finanzmitteln des Integrationsrates in 2014  
0729/2014
- 7.3 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten  
0810/2014

## **8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

#### 1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration 0781/2014

Das beratende Mitglied Herr Prölß erklärt seine Irritation über den vorliegenden Beschlussvorschlag zum ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm‘. Er beschreibt, dass ursprünglich die Absicht bestanden habe, dass der Rat in seiner jetzigen Zusammensetzung auf der Grundlage der Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen, dem neu gewählten Rat Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsarbeit geben wolle. Offensichtlich spielten jetzt die Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen, entgegen den Erklärungen der Verwaltung zum Workshop Ende Januar 2014, keine Rolle mehr. Dies sei absolut enttäuschend und es bestehe der Eindruck, für ‚Spielchen‘ innerhalb der Verwaltung instrumentalisiert worden zu sein. Dies sei der beste Weg, um das Gremium ‚Expertengruppen‘ loszuwerden. Die Akteure in den Expertengruppen würden sich dieses Vorgehen der Verwaltung sehr gut merken und ihre künftige Mitarbeit daran orientieren.

Der Vorsitzende Herr Keltek äußert sein Verständnis für diese Reaktion aus den Expertengruppen und verweist darauf, dass er in dieser Sache ebenfalls bereits einen Brief an den Oberbürgermeister geschrieben habe und mit Interesse die Antwort erwarte.

RM Frau Schmerbach erklärt ihre große persönliche Betroffenheit angesichts dessen, dass man zu diesem Thema in dieser Wahlperiode offensichtlich nichts Substantielles erreicht habe. Aus ihrer Sicht – dies habe sie auch in der mehrfach Vergangenheit geäußert – hätte das ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ bereits im letzten Jahr in den Rat zur Beschlussfassung weitergegeben werden können. Zwar gäbe es einige Maßnahmen, die durchgeführt würden, allerdings hätten zum Thema keine neuen weiterführenden Gedanken gesetzt werden können. Die vorgelegte Beschlussvorlage mache sie fassungslos und sie setze ihre Hoffnung auf die gleich von Herrn Helling vorgeschlagenen Änderungen.

RM Herr Jung kritisiert die äußerst kurzfristige Vorlage der Beschlussvorlage.

IRM Herr Özküçük fragt nach, warum noch einmal das bereits bekannte und bereits als gut befundene ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ beschlossen werden solle, wenn gleichzeitig keine neuen Maßnahmen vorlägen.

RM Herr Helling hält die Sicht der Expertengruppen für absolut nachvollziehbar und ergänzt, dass es schier unfassbar sei, dass Rat und Verwaltung es nicht geschafft hätten ‚ihre Hausaufgaben‘ zu erledigen. 2006 hätte es den Auftrag zur Erstellung eines Integrationskonzeptes gegeben, das in 2011 vorgelegt worden sei. Hier sei klar gewesen, dass es sich nur um einen allgemeinen Rahmen handle, dem noch ein konkretes Maßnahmenprogramm zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik folgen müsse. Bereits in 2012 hätte man hier entscheiden müssen, wie diese Weiterentwicklung zu erfolgen hätte.

Gemäß Beschluss des Integrationsrates vom Juli 2013 läge jetzt ein vollständiges und aktualisiertes ‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm‘ als Bestandsaufnahme vor. Dies sei jetzt allerdings kein Programm für zukunftsweisende Maßnahmen. Es wäre Aufgabe des jetzigen Rates gewesen, noch in 2014 ein Maßnahmenprogramm für 2015 auf den Weg zu bringen. Hierzu hätten jedem Fachausschuss vier bis fünf zukunftsweisende Maßnahmen vorgelegt und mit einem entsprechenden politischen Votum auf den Weg gebracht werden müssen.

Aus Sicht von Herrn Helling sei dies jetzt realistischerweise nicht mehr möglich. Daher stelle er einen Änderungsantrag folgenden Textes (*Antrag lag in Schriftform vor*):

‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm-Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration‘

Der Integrationsrat beschließt folgende Ergänzung des Beschlusstextes:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates im Mai 2014 alle Maßnahmenvorschläge aus der Verwaltung, aus den Expertengruppen und aus den früheren Einzelbeschlüssen dem Integrationsrat zugänglich zu machen.

Sie soll diese Maßnahmenvorschläge soweit aufbereiten, dass eine sinnvolle Behandlung in den Ratsausschüssen unmittelbar nach der Neuwahl des Rates möglich wird.

Die Behandlung in den Ratsausschüssen soll dann den Grundsätzen des Beschlusses des IR vom 08.07.2013 ( siehe Anlage ) entsprechen und so rechtzeitig erfolgen, dass einzelne Maßnahmen noch in den Haushalt 2015 eingeplant werden können.“

*Anlage:*

*Der vollständige ergänzende Beschluss vom 08.07.2013 lautet:*

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zum Frühjahr 2014*
  - *die vorhandenen „ Lücken „ im Sachstandsbericht des Maßnahmenprogramms zu füllen,*
  - *in den betroffenen Ausschüssen des Rates die jeweiligen Teile des Maßnahmenprogramms unter Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalen Integrationszentrums und Experten der jeweiligen Fachdezernate zu präsentieren. Dabei sollen Vorschläge bezüglich der Einstellung, der Fortsetzung oder dem Neubeginn von Maßnahmen gemacht werden*
2. *Den Ausschüssen wird empfohlen, gezielt Beschlüsse zu fassen über*
  - *Maßnahmen die eingestellt werden*
  - *Maßnahmen die in Zukunft weiter fortzusetzen sind*
  - *Maßnahmen die neu zu beginnen sind.*

Herr Helling bittet die Verwaltung ernsthaft darum, alle Forderungen der Expertengruppen, des Integrationsrates und auch einzelner Verwaltungsdienststellen in einer Liste zusammenzufassen und dem Integrationsrat in seiner Sitzung am 12. Mai 2014 vorzulegen.

Der Integrationsrat solle diese Zusammenfassung dann nach der Kommunalwahl zur Grundlage einer Herbeiführung solider Beschlüsse nutzen, ansonsten werde die Öffentlichkeit zu Recht sagen, dass der jetzige Rat versagt habe, da er nicht in der Lage gewesen sei, konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Diese Blamage wolle er verhindern.

RM Herr Detjen hält den vorgelegten Antrag von Herrn Helling für lächerlich. Er schlägt vor, dem Rat zur nächsten Sitzung ein Minimum von Maßnahmenempfehlungen zur Entscheidung vorzulegen. Diese Maßnahmenempfehlungen müssten von mehreren Fraktionen gemeinsam mit dem Integrationsrat erarbeitet werden. Angesichts der von der Beigeordneten Frau Reker dargelegten Personalsituation, hält er es für dringend erforderlich, dass sich der neu gewählte Integrationsrat erst einmal mit der Gesamtsituation des Themas ‚Integration‘ in der Stadtverwaltung beschäftige.

Der Vorsitzende Herr Kelttek weist auf die zeitlich enge Beratungsfolge hin, die ein solches Vorgehen nicht erlaube.

RM Frau Mucuk schließt sich den Beiträgen ihrer Vorredner im Wesentlichen an. Sie unterstützt den Antrag von Herrn Helling, dass hier gerettet werden müsse, was zu retten sei. Eine weitere Fehlersuche hält sie – obwohl sie ihre Theorien habe, woran das Verfahren gescheitert sei- nicht für sinnvoll. Mit dem von Herrn Helling vorgeschlagenen Kompromiss könne zwar keiner – auch nicht die Fachverwaltung- zufrieden sein, aber es sei ein Rettungsversuch. Die Politik müsse sich künftig dieses Themas, insbesondere bei den Haushaltsplanberatungen 2015 noch intensiver annehmen.

IRM Frau Brunelli fragt, weshalb ein im Juli 2013 gefasster Beschluss bis heute nicht von der Verwaltung erledigt worden sei und die Empfehlungen der Expertengruppen nicht vorliegen würden. Für die Zukunft befürchtet sie, dass die Expertengruppen nicht mehr mitarbeiten würden. Frau Brunelli sieht keinen Sinn in der Verabschiedung der von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage.

RM Frau Laufenberg kritisiert ebenfalls den nicht erfolgreich verlaufenen Prozess. Sie stellt die Frage, inwieweit die Umsetzung des von Herrn Helling formulierten Antrages, angesichts der von der Beigeordneten Frau Reker beschriebenen Personalsituation, überhaupt realistisch sei. Sie glaubt, dass der nächste Integrationsrat das gesamte Thema noch einmal von vorne angehen müsse.

RM Herr Detjen erinnert daran, dass im Zusammenhang mit den letzten Haushaltsplanberatungen von seiner Fraktion davor gewarnt wurde, dass die Integrationsarbeit zusammenbräche. Diese Einschätzung sähe er jetzt bestätigt. Das jetzt vorgeschlagene Verfahren hält er für lächerlich und bekräftigt seinen Vorschlag konkrete – durchaus auch kleinere- Maßnahmen dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Der Vorsitzende Herr Kelttek sieht den Vorschlag von Herrn Helling als den einzig gangbaren Weg, denn wenn es die Verwaltung in den vergangenen sieben Monaten nicht geschafft habe Maßnahmen vorzulegen, werde dies auch nicht bis zur nächsten Ratssitzung möglich sein.

IRM Frau Giurano erinnert an die Erarbeitung des Integrationskonzeptes und die, im Vergleich zur jetzigen Situation vergleichsweise geringen Probleme. Sie hält es für heuchlerisch, wenn die Ratsmitglieder jetzt die Schuld auf sich nähmen und erklären würden, das Thema künftig intensiver zu begleiten. Das vorgeschlagene Vorgehen sei zudem riskant, da nicht klar sei, wie sich die künftigen Mehrheitsverhältnisse im Rat darstellen würden. Frau Giurano unterstützt den Vorschlag von Herrn Detjen und fordert konkretere Vorschläge zur Umsetzung von Maßnahmen.

RM Herr Helling erläutert die Intention seines Antrages an Beispiel eines konkreten Maßnahmenvorschlages aus dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen zum Ausbau

der Unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle. Vermutlich sei dies ebenfalls eine von den Expertengruppen formulierte Handlungsempfehlung.

Die Absicht seines Antrages sei, zur Sitzung des Integrationsrates im Mai 2014

- zum einen Kenntnis von den Handlungsempfehlungen der Expertengruppen zu erhalten, die sich unter anderem auf den Haushalt 2015 bezieht und
- zum anderen von der Verwaltung eine entsprechend Aufbereitung dieser Handlungsempfehlungen der Expertengruppen zu bekommen, so dass eine sinnvolle Beratung möglich ist - dies bedeute eine strategische Bewertung und Priorisierung im Arbeitsfeld, sowie die Darstellung der zur Umsetzung erforderlichen Finanzmittel zu erhalten.

Dieser zweistufige Prozess und dessen Vorlage in der Maisitzung des Integrationsrates sei erforderlich, um mit konkreten Maßnahmen die Haushaltsplanberatungen 2015 zu erreichen.

Herr Helling bittet die Verwaltung um eine Aussage, inwieweit dies realisierbar sei.

Für die Verwaltung erklärt Frau Beigeordnete Reker hierzu, dass die Bearbeitung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘ ein klassisches Querschnittsverfahren sei. Hierbei sei das primäre Problem nicht die Zusammenstellung durch ihre Fachverwaltung, sondern dass außer der Zusammenstellung durch die anderen beteiligten Fachdienststellen noch eine verwaltungsinterne Abstimmung erforderlich sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt erst über den Änderungsantrag von Herrn Helling und anschließend über die Beschlussvorlage abstimmen.

### **Beschluss:**

#### 1. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Herrn Helling zur Ergänzung des Beschlusstextes:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates im Mai 2014 alle Maßnahmenvorschläge aus der Verwaltung, aus den Expertengruppen und aus den früheren Einzelbeschlüssen dem Integrationsrat zugänglich zu machen.

Sie soll diese Maßnahmenvorschläge soweit aufbereiten, dass eine sinnvolle Behandlung in den Ratsausschüssen unmittelbar nach der Neuwahl des Rates möglich wird.

Die Behandlung in den Ratsausschüssen soll dann den Grundsätzen des Beschlusses des IR vom 08.07.2013 (siehe Anlage) entsprechen und so rechtzeitig erfolgen, dass einzelne Maßnahmen noch in den Haushalt 2015 eingeplant werden können.“

*Der vollständige ergänzende Beschluss vom 08.07.2013 lautet:*

- *Die Verwaltung wird beauftragt bis spätestens zum Frühjahr 2014*
  - *die vorhandenen „ Lücken „ im Sachstandsbericht des Maßnahmenprogramms zu füllen,*
  - *in den betroffenen Ausschüssen des Rates die jeweiligen Teile des Maßnahmenprogramms unter Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalen Integrationszentrums und Experten der jeweiligen Fachdezernate zu präsentieren. Dabei sollen Vorschläge bezüglich der Einstellung, der Fortsetzung oder dem Neubeginn von Maßnahmen gemacht werden.*
- *Den Ausschüssen wird empfohlen, gezielt Beschlüsse zu fassen über*
  - *Maßnahmen die eingestellt werden*

- Maßnahmen die in Zukunft weiter fortzusetzen sind
- Maßnahmen die neu zu beginnen sind.

## 2. Beschluss gemäß Beschlussvorlage

„Der Rat nimmt das ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ als aktuelle Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### Zu 1. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Herrn Helling zur Ergänzung des Beschlusstextes:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen

#### Zu 2. Beschluss gemäß Beschlussvorlage

Mehrheitlich beschlossen bei einer Gegenstimme

## **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **2.1 Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Herrn Keltek aus der Sitzung des Integrationsrates vom 09.09.2013 betreffend TOP 4.3 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" (1319/2013) 0059/2014**

Der Vorsitzende Herr Keltek zeigt sich überrascht, dass die Beantwortung einer Anfrage in dieser schlechten Qualität von einem städtischen Beigeordneten abgezeichnet wird. Er bittet darum, die Beantwortung seiner Anfrage auch dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.

RM Frau Mucuk kann nicht glauben, dass diese Beantwortung ernst gemeint ist. Angesichts dessen, dass über 30 % der Kölnerinnen und Kölner eine Zuwanderungsgeschichte haben, muss sich die Verwaltung Gedanken darüber machen, wie dieser Personenkreis angesprochen und miteinbezogen werden kann.

RM Herr Helling ergänzt, dass die Beantwortung, abgesehen davon, dass sie sehr karg gehalten ist, aus seiner Sicht auch den Grundsätzen des zugrunde liegenden Papiers ‚Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung‘ widerspricht. In diesem Papier werde überlegt, wie bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen das Problem der fehlenden Repräsentativität gelöst werden könne. Herr Helling hält die von der Fachverwaltung gegebene Antwort für politisch fragwürdig und schädlich und bittet das der Fachverwaltung mitzuteilen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### **3.1 Anfrage zu Informationen bezüglich Schüler der Sekundarstufe I in Köln AN/0381/2014**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

### **4 Mitteilungen**

#### **4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2014 0113/2014**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.2 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende 0006/2014**

RM Frau Mucuk lobt die Fachverwaltung ausdrücklich für die vorgestellten Förderprojekte.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2014" 0140/2014**

Der Vorsitzende Herr Keltek fordert als Mitglied der Jury dazu auf, hierfür auch Vorschläge aus dem Bereich von Menschen mit Migrationshintergrund zu machen

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.4 Unterbringung von Flüchtlingen in Köln in individuellen Wohnungen gemäß dem Leverkusener Modell 0205/2014**

Herr Pröbß gibt den Hinweis, dass das hier vorgestellte sogenannte ‚L Leverkusener Modell‘ zur Unterbringung von Flüchtlingen in Regelwohnraum, schon seit langer Zeit in Köln erfolgreich umgesetzt wird.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe des Vereins ZEBIT e.V. - Zwischenbericht 0242/2014**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, Rahmenbedingungen und aktueller Sachstand 0733/2014**

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung, Frau Beigeordnete Reker, folgendes mit: Aufgrund des großen Interesses des Landes an der Etablierung von Erstaufnahmeeinrichtungen wurden seitens der Stadt mit dem Land Gespräche geführt. In der vorliegenden Mitteilung werden sämtliche Argumente der Diskussion mitgeteilt. Bzgl. der ursprünglich geforderten Größe einer Erstaufnahmeeinrichtungen mit 500 – 700 Plätzen hat das Land zwischenzeitlich Verhandlungsbereitschaft angedeutet und von der Bildung von Regionen mit kleineren Unterbringungseinheiten gesprochen. Diese Variante würde den Kölner Leitlinien eher entsprechen, allerdings sind auch für ein solches Modell aktuell keine geeigneten Grundstücke bekannt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.7 MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht 0897/2014**

Der Projektleiter zur Umsetzung von Mülheim 2020, Herr Oster, stellt den Gesamtprojektbericht mit Hilfe einer Power Point Präsentation vor.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des ZMI Magazins 2013 und Sprachfest 2014 0803/2014**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## 5.1 Antrag zu den Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln AN/0008/2014

### 5.1.1 Änderungsantrag - Zuständigkeiten des Integrationsrates AN/0468/2014

Der Antragsteller Herr Vorsitzender Keltek begründet seinen Antrag. Er bezieht sich hierbei auf den geänderten § 27 der Gemeindeordnung NRW und die Festlegung des Integrationsrates als Pflichtausschuss für die Kommunen.

RM Herr Jung begrüßt die Änderung des ursprünglichen Antrages und kündigt die Zustimmung der CDU zum vorliegenden Änderungsantrag an.

IRM Herr Özkücük begrüßt ausdrücklich den vorgelegten Änderungsantrag und bittet um Erläuterung der beiden unterschiedlichen Kategorien von Beschlussfassungen.

RM Herr Helling beschreibt die zwei unterschiedlichen Kategorien von Beschlussfassungen die im Rat bestätigt werden muss und alleinigen Beschlussfassungen durch den Ausschuss. In beiden Fällen kann der Oberbürgermeister entscheiden, dass es mitberatende Ausschüsse gibt.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Antrag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat bittet den Rat die Kompetenzen des Integrationsrates in Anlehnung an die Entscheidungsrechte anderer Ratsausschüsse **nach rechtlicher Prüfung** zu erweitern und die Regelungen in der Hauptsatzung **§ 22** abzuändern **und die Zuständigkeitsordnung des Rates sinngemäß anpassen:**

#### **In folgenden Angelegenheiten soll der Integrationsrat das federführende Entscheidungsrecht vor der Beschlussfassung durch den Rat haben:**

- 1) Interkulturelle Grundsatzangelegenheiten (Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft) und Interkulturelles Maßnahmenprogramm
- 2) Erstellung von Richtlinien zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und zur Potentialförderung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

#### **In folgenden Angelegenheiten soll der Integrationsrat das abschließende Entscheidungsrecht haben:**

- 1) Arbeitsschwerpunkte des gem. § 7 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen betriebenen Kommunalen Integrationszentrums in Köln, soweit die Entscheidung nicht gem. § 41 Abs. 1 Satz 2 lit. g GO dem Rat obliegt,
- 2) Richtlinien (einschließlich Bewilligungsbedingungen) und Verteilung der Mittel
  - für die Arbeit von Interkulturellen Zentren, Vereinen und Initiativen, die in der Migrations- und Integrationsarbeit tätig sind,

- für Integrationsprojekte (auch für EU-, Bundes- und Landesprojekte),
- für Antirassismusprojekte.

**Weiterhin sollte die Hauptsatzung in § 22 Abs. 9 durch folgende klarstellende Fassung ersetzt werden:**

Der Integrationsrat hat die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**5.2 Antrag zur Nutzung des Erlasses des Bundesministeriums des Innern zum kostenlosen Versand von Wahlinformationen AN/0380/2014**

Der Vorsitzende Herr Keltek erläutert den von ihm gestellten Antrag.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung, einen Erlass des Bundesministeriums des Innern zu nutzen, der es ermöglicht, an Unionsbürger kostenlos eine Information über die Europaratswahl zu versenden. Es wird gebeten, bei dieser Gelegenheit dem Beispiel der Stadt Solingen zu folgen und einen Informationsflyer zu den Integrationsratswahlen beizufügen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**6 Berichte**

**6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine Berichte sachkundiger Einwohner des Integrationsrates aus den Fachausschüssen vor.

**6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende Herr Keltek lädt zu einer Veranstaltung des ‚Bocholter Forums‘ ein.

**7 Beschlussvorlagen**

**7.1 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien 0759/2014**

RM Frau Laufenberg begrüßt die Vorlage und kündigt dessen wohlwollende Prüfung an. Allerdings sei ein Abstimmungsbedarf mit den Vertreter/-innen vor Ort erforderlich, so dass die FDP-Fraktion einen Antrag auf Verweisung der Beschlussvorlage ‚ohne Votum in die nachfolgenden Gremien‘ stelle.

RM Herr Jung begrüßt ebenfalls die Beschlussvorlage und schließt sich dem Antrag von Frau Laufenberg an.

Herr Prölß beurteilt die Beschlussvorlage als außerordentlich positiv, da zum ersten Mal das Stadtgebiet in großem Umfang hinsichtlich der Ansiedlungsmöglichkeit von Flüchtlingsheimen untersucht wurde. Auch wurden die wesentlichen Kriterien der Leitlinien (bis zu 80 Personen, abgeschlossene Wohneinheiten, Betreuung durch sozialpädagogische Fachkräfte) eingehalten. Dies sei der richtige Weg, um weitere dringend benötigte Objekte zu finden.

RM Frau Mucuk begrüßt ebenfalls die Vorlage und unterstützt die von Herrn Prölß gemachten Aussagen. Allerdings bedauert sie, dass bei der Vorabinformation zwar die sozialpolitischen Sprecher und die Bezirksbürgermeister, nicht aber die integrationspolitischen Sprecher der Fraktionen mit eingebunden wurden. Im Hinblick auf den unter TOP 5.1 entschiedenen Antrag des Integrationsrates auf Ausweitung seiner Zuständigkeiten u.a. auch zum Thema Flüchtlinge, betont sie die Wichtigkeit, in der jetzigen Sitzung zu der Beschlussvorlage auch eine Entscheidung zu treffen.

RM Herr Detjen hält ebenfalls ein klares Votum des Integrationsrates zur Beschlussvorlage für sehr wichtig. Er sieht eine klare Fürsorgepflicht der Verwaltung bei der Unterbringung der Flüchtlinge.

RM Herr Helling hält die Bürgerbeteiligung für unabdingbar, um eine Akzeptanz der Flüchtlingswohnheime vor Ort zu befördern. Er schlägt der FDP- und der CDU-Fraktion vor sich bei der Abstimmung zu enthalten und den Grund hierfür in der Niederschrift vermerken zu lassen.

RM Frau Laufenberg macht deutlich, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage nicht im Wege stehen wolle, allerdings eine vorherige Abstimmung mit den Bezirksvertretungen vor Ort unabdingbar sei.

Herr Prölß beschreibt die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung von Willkommensinitiativen an den Standorten der Flüchtlingswohnheime.

Die Verwaltung; Frau Beigeordnete Reker, bedankt sich für die Unterstützung des Gremiums. Sie bittet um Entschuldigung, dass die integrationspolitischen Sprecher nicht vorab ebenfalls informiert worden sind.

Zum Vorwurf einer schlechten Informationspolitik gegenüber der Bürgerschaft legt Frau Reker Wert auf die Feststellung, dass wie in allen anderen Verwaltungsverfahren auch, die Verwaltung eine Beschlussvorlage fristgerecht der Politik vorlege, damit diese entscheiden könne, ob z.B. die Kriterien zur Auswahl ausreichend bzw. die Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sind. Eine Bürgerbeteiligung komme erst in Frage, wenn der Rat dazu entschieden habe. Allerdings wären natürlich im Vorfeld verwaltungsinterne Abstimmungsgespräche mit den Bürgeramtsleitern vor Ort geführt und einige Standorte aufgrund deren Bedenken herausgenommen worden. Frau Reker weist deutlich auf die gesamtstädtische Verpflichtung der Unterbringung von Flüchtlingen hin, die seitens ihres Dezernates versucht werde so transparent und optimiert wie nur möglich durchzuführen.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt zuerst den Antrag der FDP- und CDU-Fraktion zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit vier Gegenstimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Anschließend stellt der Vorsitzende Herr Keltek die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Zur kurzfristigen Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Nordrhein Westfalen und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit werden Flüchtlingsunterkünfte in mobiler Systembauweise mit jeweils rund 80 Plätzen erworben und auf städtischen oder angemieteten Grundstücken errichtet.

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

- a. Vorbehaltlich der noch zu erfolgenden Grundstücksanmietung auf dem Grundstück **Koblenzer Str. 15**, 50968 Köln Bayenthal, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur: 51, Flurstück: 1373.
- b. Auf dem städtischen Grundstück **Trierer Str.**, 50674 Köln Neustadt Süd, Gemarkung Köln, Flur: 34, Flurstück: 621.
- c. Auf dem städtischen Grundstück **Otto-Gerig-Str.**, 50679 Köln Deutz, Gemarkung Deutz, Flur: 34, Flurstück: 5192/300.
- d. Auf dem städtischen Grundstück **Merlinweg**, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 13, Flurstück: 1224.
- e. Auf dem städtischen Grundstück **Lindweilerweg**, 50739 Köln Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123.
- f. Auf dem städtischen Grundstück **Albert-Schweitzer-Str.**, 51147 Köln Wahn, Gemarkung Wahn, Flur: 8, Flurstück: 211 (Teilfläche).
- g. Auf dem städtischen Grundstück **Loorweg**, 51143 Köln Zündorf, Gemarkung Oberzündorf, Flur: 9, Flurstück: 108.
- h. Auf dem städtischen Grundstück **Pohlstadtsweg**, 51107 Köln Brück, Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstück: 4343.

An investiven Finanzmitteln müssen im Jahr 2014 je Standort ca. 1.616.391 € bereitgestellt werden. Über die vorgesehene Nutzungsdauer von fünf Jahren entstehen konsumtive Mehraufwendungen inkl. Abschreibungen in Höhe von ca. 3.054.386 € je Standort. Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1 beigefügt.

Am Standort 1a, **Koblenzer Str. 15**, kommen in diesem Zeitraum weitere Kosten für die Anmietung des Grundstücks hinzu. Die Verhandlungen sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

2. Der Rat beschließt zur Finanzierung der konsumtiven Maßnahmen zu den Punkten 1.a bis 1.h einen zahlungswirksamen überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – i.H.v. 1.122.371 €, bei Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen – überplanmäßigen Mehraufwand i.H.v. 874.163 €, insgesamt 1.996.534 €. Die vorläufige Deckung in Höhe von 434.760 € erfolgt durch Mehrerträge im gleichen Teilergebnisplan, Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte.

Die vorläufige Deckung des verbleibenden Mehraufwandes in Höhe von 1.561.774 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

3. Der Rat beschließt gleichzeitig im Haushaltsjahr 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 434.760 € im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die vorläufige Deckung erfolgt ebenfalls durch Wenigeraufwendungen im TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.
4. Die investiven Auszahlungsermächtigungen für den Kauf der Containeranlagen aus Ziffer 1a-1h in Höhe von 12.931.128 € werden außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen wie folgt bereitgestellt:

Ziffer 1a, Koblenzer Str. 15, Finanzstelle 5620-1004-2-5126	1.616.391 €
Ziffer 1b, Trierer Str., Finanzstelle 5620-1004-1-5127	1.616.391 €
Ziffer 1c, Otto-Gerig-Str., Finanzstelle 5620-1004-1-5134	1.616.391 €
Ziffer 1d, Merlinweg, Finanzstelle 5620-1004-2-5129	1.616.391 €
Ziffer 1e, Lindweilerweg, Finanzstelle 5620-1004-5-5130	1.616.391 €
Ziffer 1f, Albert-Schweitzer-Str., Finanzstelle 5620-1004-7-5131	1.616.391 €
Ziffer 1g, Loorweg, Finanzstelle 5620-1004-7-5132	1.616.391 €
Ziffer 1h, Pohlstadtsweg, Finanzstelle 5620-1004-8-5133	<u>1.616.391 €</u>
Gesamtbetrag	12.931.128 €

Die vorläufige Deckung der investiven Mehrauszahlungen erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen in TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 12, sonstige Investitionsauszahlungen, Finanzstelle 5600-1601-0-1000 Wohnungsbauprogramm.

Weiterhin werden die Mehrauszahlungen für das erforderliche Mobiliar im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-0-5125 in Höhe von 226.296 € im gleichen Teilfinanzplan im Rahmen einer Sollumbuchung zur Verfügung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt bei drei Gegenstimmen (CDU- Vertreter/-innen) und einer Enthaltung (FDP-Vertreterin)

## **7.2 Bewerbung der Integrationsratswahlen; Verwendung von Finanzmitteln des Integrationsrates in 2014 0729/2014**

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat geht davon aus, dass seiner Bitte auf Ermächtigungsübertragung der Restmittel aus 2013 nach 2014 entsprochen wird (vgl. Beschluss des Integrationsrates vom 20.01.2014) und beschließt vor diesem Hintergrund die Bewirtschaftung der Finanzmittel des Integrationsrates für das Jahr 2014 wie folgt:

#### 1. Bewerbung der Integrationsratswahlen:

- ‚Allgemeine Wahlbewerbung durch Flugblätter und Plakate‘
  - ‚Durchführung von Wahlbewerbungsveranstaltungen in den neun Stadtbezirken‘
  - ‚Durchführung einer zentralen Veranstaltung zur Vorstellung der zur Wahl stehenden Listen und Einzelkandidaten‘ im VHS-Forum im RJM am Neumarkt
  - ‚Schaltung von Werbeanzeigen‘ in Zeitungen
  - Barrierefreie Gestaltung des beauftragten Videofilms
- Gesamtkosten max. 7.600,- €

#### 2. Veranstaltung „Mehrsprachigkeit im Gespräch“

Der Integrationsrat führt in Kooperation mit dem Zentrum für Mehrsprachigkeit (ZMI) jedes Jahr im Kölner Rathaus die Veranstaltung „Mehrsprachigkeit im Gespräch“ durch.

Kostenbeteiligung max. 700,- €

#### 3. Podiumsdiskussion im Rahmen des ‚Birlikte‘ Festes (Pfingsten 2014) zum 10. Jahrestag

des Nagelbombenanschlages in Köln

Gemäß Beschluss im Integrationsrat vom 25.02.2013 zur Durchführung einer Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des Nagelbombenanschlags

Kostenbeteiligung max. 2.000,- €

#### 4. Durchführung einer Fortbildungsveranstaltung für neu gewählte Integrationsratsmitglieder

an zwei Seminartagen

Gesamtkosten max.: 2.500,- €

Komplettkosten aller oben aufgelisteten Finanzpositionen: **12.800,- €**

Eine ggfls. notwendig werdende Verschiebung von Finanzmitteln zwischen den einzelnen Positionen ist innerhalb der Gesamtsumme möglich.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **7.3 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten 0810/2014**

RM Herr Jung bittet aufgrund der Kurzfristigkeit der Vorlage der Beschlussvorlage um Verweis ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

RM Herr Detjen erklärt seine Zustimmung zum Vorschlag von Herrn Jung und verweist auf die hohe Kompetenz und das Engagement des Schulausschusses bei diesem Thema.

RM Herr Helling plädiert dafür, dass der Integrationsrat bei einem Verweis ohne Votum gleichzeitig auf die Wichtigkeit der Vorlage und den Grund des Verweises hinweist.

#### **Beschluss:**

Die Beschlussvorlage wird trotz anerkannter Wichtigkeit und Unterstützungswürdigkeit des Projektes aufgrund der sehr kurzfristigen Vorlage als Tischvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Der Integrationsrat beschließt eine Pressemitteilung

- zur Verabschiedung des Antrages auf Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates und
  - zur Verabschiedung der Beschlussvorlage zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften an acht Standorten
- zu veröffentlichen.

### **9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

IRM Herr Aydik mahnt eine Beantwortung seiner am 25.11.2013 zur Gebetsraumeröffnung am Flughafen gestellten Anfrage an.